

Neuköllner Stadtparlament.

zwanzig Millionen Kriegsausgaben.

In der gestrigen Sitzung der Neuköllner Stadtverordnetenversammlung leitete der Rämmerer Stadtrat U r l a r t die Beratung des neuen Hausgaltplanes mit einer Besprechung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Stadt ein. Noch niemals, so führte er aus, sei die wirtschaftliche Verschiedenheit der Groß-Berliner Gemeinden so in Erscheinung getreten, wie jetzt im Kriege. Das sei auch der Hauptgrund dafür gewesen, daß Neukölln gemeinsam mit den übrigen Vororten bei den zuständigen Stellen um einen gerechten Ausgleich der Steuern und der Lasten für Groß-Berlin vorstellig geworden sei. Im Abgeordnetenhaus zeige man ja jetzt auch Verständnis für einen solchen Ausgleich. Nachdem ein Zusammenschluß der Gemeinden Groß-Berlins an den zuständigen Stellen auf unbedingten Widerspruch gestoßen ist, müsse der Lastenausgleich kommen.

Berlin habe ein Einkommensteuerfoll von 19,16 Mark auf den Kopf der Bevölkerung, wenn man den Steuersatz von 100 v. H. zur Staatssteuer annehme, Charlottenburg 28,75 und Wilmersdorf 28,84 Mark. Zehlendorf nehme an Gemeinde-Einkommensteuern 29,12 Mark im Jahr auf den Kopf der Bevölkerung ein, Dahlem 89,97 und Grunewald sogar 103,83 Mark. Diesen Sätzen Berlins und der westlichen Vororte stünde Neukölln mit 6,14 Mark, Lichtenberg mit 7,88 und Weissensee mit 7,26 Mark gegenüber. Die Kriegskosten der Stadt hätten die Höhe von 50 Millionen Mark erreicht. Wenn man alle Summen, die zurückerstattet werden, abzähle, verbleiben für Neukölln immer noch 20 Millionen Mark, die die Stadt allein zu zahlen habe. Wenn die Stadt dennoch bei 100 v. H. Gemeindesteuerzuschlag bleiben wolle, so geschehe dies nur, um die Bürgerschaft nicht noch mehr zu belasten.

Der Redner der Alt-Bürgerlichen Fraktion, Justizrat A b r a h a m, gab der Hoffnung Ausdruck, daß der Groß-Berliner Lastenausgleich recht bald kommen möge. Ob der Zweckverband geeignet sei, einen solchen Ausgleich der Lasten und der Gemeinde-Einkommensteuer herbeizuführen, erscheine allerdings zweifelhaft. Der Redner der sozialdemokratischen Fraktion, Dr. S i l b e r s t e i n, empfahl, der Regierung zu erklären, daß Neukölln noch einen Etat nicht aufstellen könne und den Lastenausgleich schon für dieses Jahr fordern müsse. Dabei müßte aber doch auch betont werden, daß Neukölln gegen eine Erweiterung der Zuständigkeit des Zweckverbandes entschieden Einspruch erheben würde. Die wirtschaftliche Reform für Groß-Berlin müsse ohne den Verband Groß-Berlin durchgeführt werden.

Nach einer weiteren Besprechung der Jahresrechnung wurde ein Ausschuß mit ihrer Durchberatung betraut. Es folgte eine geheime Sitzung, in der ein Lichtbildvortrag über das Braunkohlenbergwerk gehalten wurde.